

7. Sitzung des Gemeinderates - öffentlich -

Sitzungstag:

Donnerstag, 08.10.2020

Sitzungsort:

Feststadl

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Schriftführer Felix Kinzinger		
Gremiumsmitglieder: Manfred Axenbeck Saran Diané Dr. Günther Ernstberger Gisela Fischer Sabine Fister Udo Guist Raphael Gutmann Albert Kirnberger Claudia Leitner Johannes Mecke Dr. Stephanie Moser Gertrud Mörike Klara Mörike Günter Peischl Manuel Prieler Marianne Rader Philipp Schwarz Jutta Schödl Simone Spratter Heide Veit Thomas Weingärtner Johann Zehetmair Stefan Zehetmair		
	Lorenz Ilmberger	

7. Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet der Erste Bürgermeister alle Anwesenden um einen Moment der Stille und des Gedenkens an das ehemalige Gemeinderatsmitglied Manfred Schulz, welcher überraschend verstorben ist.

Im Anschluss ehrt der Erste Bürgermeister Herrn Manfred Axenbeck, Herrn Johannes Mecke und Herrn Thomas Weingärtner für 30 Jahre Mitgliedschaft im Gemeinderat. Nachträglich wird das ehemalige Gemeinderatsmitglied Herrn Andreas Post für 35 Jahre Mitgliedschaft im Gemeinderat geehrt.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

76 24 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 24:0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 10.09.2020, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024
Hauptamt

77 24 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Folgende Beschlüsse des Gemeinderats aus den letzten Sitzungen können in der heutigen Sitzung veröffentlicht werden, da die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind:

Beschluss Nr. G 68 vom 10.09.2020

Nr. G 68 „Pachtangelegenheiten: St.-Valentin-Hof, Café Valentin; Vertragsverlängerung für den senioren gerechten Betrieb eines Cafés zwischen der Gemeinde Unterföhring und der Nachbarschaftshilfe Unterföhring e.V. um zwei Jahre“

7. Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Das bestehende Pachtverhältnis über den Betrieb eines seniorengerechten Cafés (Café Valentin) im St.-Valentin-Hof, zwischen der Gemeinde Unterföhring und der Nachbarschaftshilfe Unterföhring e.V., wird über den 15.10.2020 hinaus um zwei weitere Jahre, bis 15.10.2022, verlängert. Die Liegenschaft wird beauftragt, eine entsprechende Vertragsverlängerung vorzubereiten und abzuschließen.

Beschluss Nr. G 69 vom 10.09.2020

Nr. G 69 „Gemeindeeigenes Objekt am Bahnhof 1 (Zindlerhaus); Mietvertragsverlängerung mit der Caritas“

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom Sachverhalt und stimmt einer letztmaligen Mietvertragsverlängerung bis längstens 31.03.2022 zu.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Sanierung des Zindlerhauses vorzubereiten und dem Gremium zur Entscheidung vorzulegen. Entsprechende Haushaltsmittel sind für das Haushaltsjahr 2022 einzustellen.

Beschluss Nr. G 70 vom 10.09.2020

Nr. G 70 „Abschluss einer Nutzungsvereinbarung für die Nutzung von Räumlichkeiten in der Pfarrvilla durch das Familienhaus Unterföhring e.V.“

Das Familienhaus Unterföhring e.V. erhält im 1. Stock der ehem. Pfarrvilla einen Raum zur Nutzung für deren Vereinszwecke. Die Nutzungsvereinbarung wird auf unbestimmte Dauer geschlossen und ist entgeltfrei. Die Liegenschaft wird beauftragt eine entsprechende Nutzungsvereinbarung vorzubereiten und abzuschließen.

Beschluss Nr. G 72 vom 10.09.2020

Nr. G 72 „Gemeindeeigene Wohnanlage am Germanenweg 14; Abschluss eines Hausverwaltervertrages mit der Baugesellschaft-München-Land mbH“

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom Sachverhalt und ermächtigt die Verwaltung zum Abschluss eines Dienstleistungsvertrages mit der Baugesellschaft München Land mbH für die Hausverwaltung von 19 Wohnungen mit Stellplätzen und Tiefgarage in der neu entstehenden Wohnanlage am Germanenweg 14 (Zeile 18) bis zum Ablauf der Gewährleistungszeit 2025.

Nach Abschluss des Gewährleistungszeitraumes (2025) ist die Dienstleistung – Hausverwaltung für den Germanenweg, Zeile 10, 15 und 18, komplett neu durch die Verwaltung auszuschreiben.

7. Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Beschluss Nr. G 73 vom 10.09.2020

Nr. G 73 „Gemeindeeigenes Objekt an der Dieselstraße 3; Antrag auf Verlängerung des bestehenden Mietvertrages für Bürogebäude und Lagerhalle“

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom Antrag der Pro7Sat1 Media SE in der E-Mail vom 27.07.2020 Ziffer 3 und stimmt einer Anpassung der Mietvertragslaufzeiten von Pro7Sat1 für die Objekte an der Dieselstraße 3 für:

- Büro mit ca. 1.117 m²
(aktuelle Mietlaufzeit bis 30.04.2023 ohne Verlängerungsoption)
- Lagerhalle mit ca. 2.388 m²
(aktuelle Mietlaufzeit 31.12.2025 inkl. Verlängerungsoption)

bis zum 31.12.2025 mit einer Verlängerungsoption bis zum 31.12.2027 zu.

Beschluss Nr. G 47 vom 16.07.2020

Nr. G 47 „Gemeindeeigenes Objekt; VHS und Musikschule; Vergabe der Unterhalts- und Glasreinigung“

Der Gemeinderat stimmt der Auftragserteilung für die Unterhalts- und Glasreinigung in der VHS und Musikschule ab 01.09.2020 an die Firma Fa. OBJEKT-M Gebäudemanagement München, Gaußstr. 4, 85774 Unterföhring, mit einer jährlichen Angebotssumme in Höhe von 66.645,60 € brutto gemäß Angebot vom 22.06.2020 als wirtschaftlich annehmbarsten Bieter zu.

Die Vertragslaufzeit beträgt drei Jahre (01.09.2020 – 31.08.2023) mit einer Probezeit von sechs Monaten.

Haushaltsmittel sind bei den Haushaltsstellen 33301./35010.5433 für die Haushaltsjahre 2021 ff zu berücksichtigen.

Beschluss Nr. G 48 vom 16.07.2020

Nr. G 48 „Bauhof Unterföhring; Auftragsvergabe für die Ersatzbeschaffung eines Traktors "Deutz Fahr Schlepper"“

Das Gremium folgt der Vergabeempfehlung der Verwaltung und stimmt der Beauftragung an Fa. Bay Wa AG gem. Angebot vom 18.06.2020 mit einer Auftragssumme in Höhe von 133.280,00 € brutto zur Lieferung eines Fendt Schmalspurtraktors mit Winterdienstanbaugeräten zu.

Die erforderlichen Haushaltsmittel sind unter Haushaltstelle 58000.9357 (Anschaffung von Fahrzeugen) zu verbuchen.

7. Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Nach erfolgter Lieferung des neuen Schmalspurtraktors mit Winterdienstbaugeräten ist das Fahrzeug Deutz Fahr 5080 DS mit Winterdienstbaugeräten über die Onlineplattform Zollauktion zu veräußern. Die Einnahmen sind unter Haushaltstelle 58000.3450 (Erlöse aus Verkauf) zu buchen.

Der Bürgermeister wird ermächtigt in diesem Zusammenhang alle notwendigen Maßnahmen (Veräußerung des Deutz Fahr 5080 DS mit Winterdienstbaugeräten) vorzunehmen.

Beschluss Nr. G 83 vom 08.10.2020

Nr. G 83 St.-Valentin-Hof; Wiederinbetriebnahme Bewegungsbad während Pandemie

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom Sachverhalt und stimmt einer Nutzung des Bewegungsbades im St.-Valentin-Hof, aufgrund der Pandemiesituation nur eingeschränkt für Senioren ab 60 Jahren, zu. Der Duschbereich bleibt hierbei geschlossen, die Umkleiden und der WC-Bereich sowie der Gymnastikraum (nur Trockenumkleide) dürfen genutzt werden. Hierbei sind alle aktuell gültigen erforderlichen Hygiene- und Abstandsregeln ohne Einschränkungen einzuhalten.

Alle bisherigen Nutzer des Bewegungsbades müssen zwingend für ihre „Seniorenangebote“ dem Sachgebiet Bauamt/Liegenschaften ein Hygiene- und Schutzkonzept gemäß den jeweils gültigen Vorschriften und Richtlinien vorlegen sowie diese Regeln eigenverantwortlich umsetzen und überwachen.

Bei einer höheren Kursbelegung als die jeweils gültige Maximalbelegung des Bewegungsbades, müssen die Nutzer ihre Kurse entsprechend aufteilen (z.B. 2-3 wöchige Turnus). Eine Aufstockung der jeweiligen Nutzungszeiten erfolgt nicht.

Die notwendigen Mehrkosten (Desinfektionsspender, Reinigung ggfls. zusätzliches Personal) werden für das HH-Jahr 2020 ff. genehmigt.

AZ 024
Hauptamt

78

24

Austritt der Gemeinde Unterföhring aus dem Zweckverband für das Staatliche Gymnasium Garching b. München

Mit Beginn des Schuljahres 2020/2021 ist das Staatliche Gymnasium Unterföhring in Betrieb gegangen. Gemäß Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Unterföhring und dem Landkreis München vom 04.08.2016 trägt

7. Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

die Gemeinde Unterföhring den Sach- und Schulaufwand für dieses Gymnasium.

Eine weitere Mitgliedschaft der Gemeinde im Zweckverband für das Staatliche Gymnasium Garching b. München erscheint deshalb nicht nötig.

Gemäß § 6 Abs. 1 der Verbandssatzung können Mitglieder aus dem Zweckverband austreten. Der Antrag ist dabei schriftlich zu stellen. Der Austritt eines Mitglieds erfordert den Erlass einer entsprechenden Änderungssatzung. Der Austritt wird dann mit Genehmigung der Änderungssatzung durch die Regierung von Oberbayern und der Veröffentlichung der Änderungssatzung im Amtsblatt der Regierung von Oberbayern wirksam.

Derzeit sind der Landkreis München, die Stadt Garching b. München und die Gemeinde Unterföhring Mitglieder dieses Zweckverbandes. Mit Änderungssatzung vom 12.08.2020 ist die Gemeinde Ismaning aus dem Zweckverband für das Staatliche Gymnasium Garching b. München ausgetreten.

Gemäß § 6 Abs. 3 der Verbandssatzung erhält die ausscheidende Gemeinde ihre Leistungen für das Gymnasium Garching zurückbezahlt, wenn sie deshalb aus dem Zweckverband ausscheidet, weil sie den Aufwand für ein notwendiges weiteres Gymnasium im Norden des Landkreises übernimmt.

Nach Verrechnung diverser höherer Beteiligungen des Landkreises München am Investitionsaufwand des Gymnasiums und deren Rückzahlung an die Verbandsgemeinden, hat die Gemeinde Unterföhring bisher einen Investitionsbeitrag von ca. 2,76 Mio. € an den Zweckverband geleistet. Hinzu kommt die Umlage an den Zweckverband für den Austritt der Gemeinde Ismaning in Höhe von ca. 150.000 €. Die Gemeinde Unterföhring erwartet somit vom Zweckverband beim Austritt eine Rückzahlung in Höhe von ca. 2,9 Mio. €.

Zusätzlich hat die Gemeinde Unterföhring an den Zweckverband mehrere Darlehen mit einem Gesamtvolumen von 25 Mio. € ausgereicht. Gemäß Beschluss der Versammlung vom 12.08.2020 plant der Zweckverband diese Darlehen zeitnah umzuschulden und an die Gemeinde Unterföhring zurückzuzahlen.

Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat beschließt den Austritt der Gemeinde Unterföhring aus dem Zweckverband für das Staatliche Gymnasium Garching b. München zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

Der Erste Bürgermeister wird ermächtigt die erforderlichen Erklärungen abzugeben.

AZ 2050
Finanzen

7. Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

79 24 **Antrag der CSU-Fraktion auf Prüfung der Machbarkeit des Einsatzes eines mobilen Blutspendebusses in Unterföhring**

Der Vorsitzende gibt den Antrag der CSU-Fraktion vom 02.07.2020, eingegangen am 21.07.2020, auf Prüfung der Machbarkeit des Einsatzes eines mobilen Blutspendebusses bekannt und verweist auf die Bekanntmachung Nr. 62 der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 22.07.2020.

Der Antrag lautet wie folgt:

Der Gemeinderat möge beschließen, die Machbarkeit des Einsatzes eines mobilen Blutspendebusses in Unterföhring zu prüfen.

Begründung:

Die Notwendigkeit der ehrenamtlichen Blutspenden wird von Jahr zu Jahr größer, allein in Bayern werden derzeit täglich etwa 2.000 Blutkonserven benötigt. Mit einer Blutspende kann bis zu drei kranken bzw. verletzten Menschen lebensrettend geholfen werden.

Die nächstgelegene Möglichkeit der Blutspende ist in der Gemeinde Ismaning durchaus gegeben, allerdings ist dort der Andrang in der Regel sehr groß. Der damit verbundene Zeitaufwand steht in keinem Verhältnis zu einer freiwilligen Spende. Eine Wartezeit von 2,5 Stunden ist hier keine Seltenheit.

Unserer Ansicht nach ist die Bereitschaft Blut zu spenden wesentlich größer, wenn eine mobile Spendenmöglichkeit vor Ort gegeben ist.

Eine Entlastung unserer Nachbargemeinde Ismaning wäre somit evtl. ein positiver Nebeneffekt.

Die Verwaltung hat im Vorfeld der Gemeinderatssitzung bereits Kontakt mit dem zuständigen Gebietsreferenten Herrn Robert Schneider vom Blutspendedienst des Bayerischen Roten Kreuzes aufgenommen.

Herr Schneider vom Bayerischen Roten Kreuz teilte der Gemeindeverwaltung mit E-Mail vom 18.09.2020 mit, dass das Blutspende-Mobil derzeit aufgrund der Auflagen nicht zur Verfügung steht.
Alternativ bietet das Bayerische Rote Kreuz die Möglichkeit an, mit einem mobilen Team vor Ort entsprechende Blutspendeaktionen durchzuführen.
(Analog wie in der Gemeinde Ismaning)

Hierbei äußerte sich Herr Schneider sehr positiv über den Standort Unterföhring und würde sich freuen einen festen Turnus zur Blutspende in Unterföhring zu fixieren.

7. Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Dem Bayerischen Roten Kreuz muss hierfür eine passende Räumlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Hierbei würde sich das Bürgerhaus optimal für die Durchführung von Blutspendeaktionen eignen. Das Bayerische Rote Kreuz bringt das benötigte Equipment mit und führt die Aktion eigenständig durch. Aufgrund des hohen Zulaufes bei Blutspendeaktionen ist ein Zeitkorridor von fünf Stunden plus je 1 ½ Stunden für Auf- und Abbau angesetzt bzw. notwendig.

Die Gemeindeverwaltung schlägt vor, das Bürgerhaus Unterföhring viermal jährlich für Blutspendeaktionen des Bayerischen Roten Kreuzes unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Alle weiteren Einzelheiten sollen mit dem Bayerischen Roten Kreuz besprochen werden.

Die festgelegten Termine werden dem Gemeinderat umgehend zur Kenntnis gegeben.

Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Antrag der CSU-Fraktion vom 02.07.2020 auf Prüfung der Machbarkeit des Einsatzes eines mobilen Blutspendebusses in Unterföhring zur Kenntnis und folgt der Empfehlung der Verwaltung viermal jährlich eine Blutspendeaktion im Bürgerhaus Unterföhring durch den Blutspendedienst des Bayerischen Roten Kreuzes durchzuführen. Hierbei wird dem Bayerischen Roten Kreuz das Bürgerhaus unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

AZ 5002
Hauptamt

80 24 **Bebauungsplan Nr. 91/2020 „Energieerzeugung Unterföhring Süd“ westlich der Bahnlinie S-8, nördlich der Kreisstraße M3/Föhringer Rings (St2088), östlich der Münchner Straße/Ringstraße und südlich der Moosstraße; Aufstellungsbeschluss**

Der Bürgermeister erläutert den aktuellen Sachstand zum HKW Nord. und erinnert an das Aufstellungsverfahren für einen Bebauungsplan Nr. 39/1986 „Müllkraftwerk und angrenzende Flächen“ (ca. 32 ha).

Durch die Stadtwerke München GmbH wurde am 19.12.2018 bei der Gemeinde Unterföhring ein Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes zur Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung und den Betrieb einer Gas- und Dampfturbinenanlage (GuD-Anlage) zur Erzeugung von Strom und Fernwärme im Bereich des Betriebsgeländes des bestehenden HKW Nord gestellt. In der Sitzung des Gemeinderates vom 10.01.2019 wurde der Gemeinderat über den Inhalt mehrerer vorangegangener Gespräche mit der Stadtwerke München GmbH informiert. In seiner Sitzung vom 10.01.2019, Nr. 831, hat sich der Gemeinderat nach

7. Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Prüfung und Diskussion des Anliegens der Stadtwerke München GmbH mit dem einstimmigen Beschluss gegen den Antrag der Stadtwerke München GmbH ausgesprochen. Der Beschluss hat folgenden Wortlaut:

„Der Gemeinderat nimmt den Antrag der Stadtwerke München GmbH vom 19.12.2018 auf Aufstellung eines Bebauungsplanes für eine GuD-Anlage zur Kenntnis und spricht sich dafür aus, für die Errichtung einer fossilen Energieerzeugungsanlage (Braunkohle, Steinkohle, Torf, Erdgas und Erdöl, etc.) kein Bauleitplanverfahren einzuleiten.

Die Gemeinde Unterföhring lehnt die Errichtung einer GuD-Anlage ausdrücklich aus Gründen der fehlenden Nachhaltigkeit ab. Da dadurch auf dem Gebiet der Gemeinde Unterföhring ein ‚neues‘ Kraftwerk mit fossilen Brennstoffen entstehen würde, mit einer zu erwartenden Lebensdauer (technisch und wirtschaftlich) von mehreren Jahrzehnten.“

Die Stadtwerke München GmbH hat ihre Planungen für die Realisierung einer neuen GuD-Anlage auch nach dem Beschluss des Gemeinderats vom 10.01.2019 fortgeführt. Es ist aus Presseberichten und Gesprächen mit der Stadtwerke München GmbH bekannt, dass diese derzeit einen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsantrag für die Errichtung und den Betrieb einer neuen GuD-Anlage mit einer Leistung von ca. 300 MW auf dem Betriebsgelände des HKW Nord vorbereitet. Der Antrag soll, soweit ersichtlich, Mitte des Jahres 2021 bei der zuständigen Genehmigungsbehörde eingereicht werden.

Mit dem Betrieb der geplanten Anlage verfolgt die Stadtwerke München GmbH in erster Linie das Ziel, den mit Kohle betriebenen Block 2 des bestehenden HKW Nord zu ersetzen, nicht zuletzt, um einem Bürgerentscheid in der Landeshauptstadt München zu entsprechen, der die Abschaltung des Blocks 2 fordert. Nach den Darstellungen der Stadtwerke München GmbH sei die Ersetzung des Blocks 2 durch eine neue Anlage erforderlich, um Deckungslücken bei der Wärmeversorgung und der Stromversorgung der Landeshauptstadt München zu schließen, die bei einer endgültigen Stilllegung des Blocks 2 entstehen würden. Von der Bundesnetzagentur wurde der Betrieb des Blocks 2 des HKW Nord als systemrelevant eingestuft, mit der Folge, dass eine Stilllegung jedenfalls derzeit unzulässig ist.

Diese von der Stadtwerke München GmbH weiterhin verfolgte Planung für die Errichtung und den Betrieb der GuD-Anlage am Standort des HKW Nord im Gemeindegebiet der Gemeinde Unterföhring widerspricht den städtebaulichen Zielen der Gemeinde Unterföhring, die bereits durch den Beschluss des Gemeinderats vom 10.01.2019 geäußert wurden. In verschiedenen, diesem Beschluss nachfolgenden Gesprächen mit der Stadtwerke München GmbH hat die Verwaltung auf die Beschlusslage des Gemeinderats hingewiesen und – nochmals – bekräftigt, dass sich der Gemeinderat gegen die Errichtung neuer fossiler Energieerzeugungsanlagen mit einer technischen und wirtschaftlichen Lebensdauer von vielen Jahren, ggf. sogar Jahrzehnten, im Gemeindegebiet ausgesprochen hat. Die Stadtwerke München GmbH hält aber, soweit ersichtlich, dessen ungeachtet an ihren Planungen und insbesondere an der Vorbereitung eines entsprechenden

7. Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Genehmigungsantrags fest. Die Verwaltung geht davon aus, dass der Genehmigungsantrag kommendes Jahr (2021) eingereicht werden wird.

Nicht zuletzt aufgrund dieser absehbaren Entwicklung auf dem Betriebsgelände des HKW Nord, die im Widerspruch zu den vom Gemeinderat beschlossenen städtebaulichen Zielen steht, hält es die Verwaltung für erforderlich, die städtebaulichen Ziele der Gemeinde mit den der Gemeinde dafür zur Verfügung stehenden Mitteln zu sichern. Dies erfordert die Aufstellung eines Bebauungsplans für das Betriebsgelände des HKW Nord.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans umfasst die Grundstücke Flst-Nrn 1188, 1188/1, 1188/2, 1188/3, 1188/5, 1188/6, 1189/96 und eine Teilfläche der Fl.Nr. 1189/121 und fasst eine Fläche von rund 32 ha. Er wird im Norden und Osten durch die Gleisanlagen begrenzt, im Süden und Südwesten durch die öffentlichen Verkehrsflächen des Föhringer Rings und durch die Staatsstraße 2053, im Südosten durch die Kreisstraße M3 sowie im Nordwesten durch die Wohnsiedlung entlang der Ringstraße.

Ein Luftbild mit dem Umgriff des geplanten Bebauungsplanes wurde dem Gremium zugestellt.

In der heutigen Sitzung erläutert Herr Dr. Spieler und Herr Muffler avr – Andrea Versteyl Rechtsanwälte, München, die rechtlichen Belange und Herr Dr. Paschlau steht als fachlicher Berater für Fragen zur Verfügung.

Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beschließt folgendes:

Die Gemeinde Unterföhring beschließt gem. § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung eines Bebauungsplans für das Betriebsgelände des Heizkraftwerks München Nord und angrenzende Flächen. Der Geltungsbereich des Bebauungsplans umfasst die Grundstücke Fl.st-Nrn 1188, 1188/1, 1188/2, 1188/3, 1188/5, 1188/6, 1189/96 und eine Teilfläche der Fl.Nr. 1189/121 und fasst eine Fläche von rund 32 ha. Er wird im Norden und Osten durch die Gleisanlagen begrenzt, im Süden und Südwesten durch die öffentlichen Verkehrsflächen des Föhringer Rings und durch die Staatsstraße 2053, im Südosten durch die Kreisstraße M3 sowie im Nordwesten durch die Wohnsiedlung entlang der Ringstraße.

Wesentliches Ziel der Bauleitplanung ist die Sicherung der im Grundsatz bereits mit Gemeinderatsbeschluss vom 10.01.2019, Nr. 831, festgelegten städtebaulichen Ziele, aus Gründen des Klimaschutzes die Errichtung von Energieerzeugungsanlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien zu fördern und die Errichtung von fossilen Energieerzeugungsanlagen mit einer langjährigen Lebensdauer auszuschließen. Die Bauleitplanung soll die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Realisierung von Maßnahmen schaffen, die dem Klimawandel nachhaltig entgegenwirken. Dadurch soll dem

7. Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Klimaschutz insbesondere auch in der Ortsentwicklung der Gemeinde Unterföhring Rechnung getragen werden.

Den Interessen der Betreiber der im Geltungsbereich des Bebauungsplans vorhandenen und genehmigten Anlagen zur Energieerzeugung mit fossilen Brennstoffen soll im Rahmen der Bauleitplanung angemessen Rechnung getragen werden. Das BauGB enthält hinreichende Möglichkeiten, Festsetzungen zur Sicherung bestehender Nutzungen bei gleichzeitiger Umsetzung der langfristigen Strategie eines Ausstiegs aus der Energieerzeugung mit fossilen Brennstoffen zu treffen. Diese Festsetzungen werden, auch in Abstimmung mit den Betreibern der im Plangebiet vorhandenen Anlagen, im Laufe des Bebauungsplanverfahrens im Einzelnen erarbeitet.

Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung Nr. 91/2020 „Energieerzeugung Unterföhring Süd“ westlich der Bahnlinie S-8, nördlich der Kreisstraße M3/Föhringer Rings (St2088), östlich der Münchner Straße/Ringstraße und südlich der Moosstraße“.

Die entstehenden Kosten für das Bauleitplanverfahren sind unter der HHSt.61000.6552 zu verausgaben.

AZ 6102
Bauamt

81 24 **Gemeindeeigenes Objekt an der Münchner Straße 85 (ehemals Wehnerhof); Vorstellung von Bebauungsvorsschlägen und weiteres Vorgehen**

Der Vorsitzende bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 10.04.2019 Nr. 872 in Erinnerung.

In der Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019 wurde Folgendes beschlossen:

„Unter Hinweis auf das bereits bestehende Nutzungskonzept für Wohnungsbau am gemeindlichen Grundstück „Wehnerhof“ (Münchner Straße 85) sind ausschließlich schwellenfreie und behindertenfreundliche, kleine Wohneinheiten (1,5 bis 2-Zimmerwohnungen) für Seniorinnen und Senioren, aber auch für junge Unterföhringer/innen, zu planen. Im Erdgeschoss sollen größere Wohnungen mit 3- oder 4-Zimmern vorgesehen werden. Die staatlichen Förderrichtlinien für die Schaffung von kostengünstigem Wohnraum sind auszuschöpfen. Bei der Erstellung des Konzepts/Planung soll der ehemalige Hofcharakter wieder Berücksichtigung finden. Diese Anlage soll es ermöglichen, Anreize für einen Wohnungstausch von Seniorinnen und Senioren aus größeren gemeindlichen Wohnungen/ Wohnungen der Baugesellschaft München-Land in die neue gemeindliche Wohnanlage „Wehnerhof zu schaffen (Stichwort: gleicher qm-Mietpreis netto).

7. Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Richtlinien für den Wohnungstausch sind durch die Gemeindeverwaltung zu erarbeiten.

Die Ergebnisse sind dem Gemeinderat zur Entscheidung zeitnah vorzulegen.“

Für das Grundstück an der Münchner Straße 85, Fl. Nrn. 57/0 (ca. 1.650m²), welches im Flächennutzungsplan als Mischgebiet ausgewiesen ist, besteht kein Bebauungsplan. Die Bebauung bzw. Erweiterung hat sich somit gemäß §34 BauGB in die Umgebungsbebauung einzufügen.

Zwischenzeitlich wurden mehrere Bebauungsvorschläge vom Planungsbüro Gandl erarbeitet. Die verschiedenen visualisierten Varianten werden in der Sitzung des Gemeinderates am 08.10.2020 kurz vorgestellt. Die Bebauungsvorschläge, Stand 28.September 2020 wurden den Gemeinderäten zur Verfügung gestellt.

Aus der Mitte des Gemeinderates kam die Anregung, dass weitere Vorschläge zur Bebauung für das Grundstück eingeholt werden sollten um dann die Entwürfe gegenüberzustellen und auszuwerten.

Der Vorsitzende weist auf das Verfahren für das Objekt am Germanenweg zur Errichtung von 19 gemeindeeigenen Wohnungen (EHM-Modell Zeile 18 und Einzug im Dezember 2020) hin. Hierbei wurde die BMLBauservice GmbH für die Realisierung (Planung und Bau) beauftragt.

Herr Gemeinderat Axenbeck hat den heute erstellten Antrag 08.10.2020 (eine Kopie wurde dem Vorsitzenden zu diesem Top übergeben) der CSU kurz angesprochen. Hierauf teilte der Vorsitzende mit, dass der dortige Inhalt (EG Ladenfläche und/oder alternativ nutzbare Büroräume im 1.OG) auch im nächsten Schritt vorgebracht werden könne. Eine eigene Beschlussfassung sei somit nicht erforderlich.

Für das Grundstück an der Münchner Straße 85 „ehemals Wehnerhof“, würde es sich anbieten, das gleiche Verfahren durch die BMLBauservice GmbH durchführen zu lassen.

Ergänzungsantrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Der Vorsitzende gibt einen Ergänzungsantrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 07.10.2020 bekannt. Der Ergänzungsantrag lautet:

„Es wird ein VgV Verfahren ausgeschrieben unter der Betreuung von Frau Prof. Dr. Natalie Eßig von der Hochschule München, Fachbereich Architektur, Lehrstuhl für Baukonstruktion und Bauklimatik. Sie ist Preisträgerin des Nachhaltigkeitspreises in der Kategorie „Wissenschaft“ vom Bundesdeutschen Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management e.V.

Zu dem VgV Verfahren werden 3-5 Architekturbüros eingeladen, die auf dem Gebiet des nachhaltigen Bauens Erfahrungen vorweisen können. Frau Prof. Dr. Eßig schlägt diese Büros vor.“

7. Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

„Begründung – Unser Klima wandelt sich. Das heißt, auch unsere Gesellschaft muss sich wandeln. Und in Folge heißt das, auch unser Bauen muss sich wandeln. Nachhaltiges Bauen ist im Hinblick auf den Klimawandel zur sozialen und gesellschaftlichen Verantwortung geworden.

Und genau aus diesem Grund denken viele BauherrInnen und ArchitektInnen um und planen nachhaltige Bauten und Quartiere von hoher architektonischer Qualität. Hier sollte die Gemeinde Unterföhring als Bauherrin an vorderster Front mit dabei sein und sich dieser Verantwortung stellen.“

Der Vorsitzende lässt über die Zulassung des Ergänzungsantrages abstimmen.

Beschluss: 24:0

Nachdem der Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN zugelassen wurde, lässt der Vorsitzende nunmehr über die Ergänzung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN entscheiden.

Beschluss: 4:20

Der Ergänzungsantrag vom 07.10.2020 von Bündnis 90/DIE GRÜNEN wurde somit abgelehnt.

Beschluss: 20 : 4

Der Gemeinderat nimmt die vorgelegten Bebauungsvorschläge, Stand 28.9.2020, zur Kenntnis und spricht sich dafür aus, weitere Vorschläge für die künftige Bebauung zu erarbeiten.

Der Gemeinderatsbeschluss vom 10.04.2019 Nr. 872;

„Unter Hinweis auf das bereits bestehende Nutzungskonzept für Wohnungsbau am gemeindlichen Grundstück „Wehnerhof“ (Münchner Straße 85) sind ausschließlich schwellenfreie und behindertenfreundliche, kleine Wohneinheiten (1,5 bis 2-Zimmerwohnungen) für Seniorinnen und Senioren, aber auch für junge Unterföhringer/innen, zu planen. Im Erdgeschoss sollen größere Wohnungen mit 3- oder 4-Zimmern vorgesehen werden. Die staatlichen Förderrichtlinien für die Schaffung von kostengünstigem Wohnraum sind auszuschöpfen. Bei der Erstellung des Konzepts/Planung soll der ehemalige Hofcharakter wieder Berücksichtigung finden.

Diese Anlage soll es ermöglichen, Anreize für einen Wohnungstausch von Seniorinnen und Senioren aus größeren gemeindlichen Wohnungen/ Wohnungen der Baugesellschaft München-Land in die neue gemeindliche Wohnanlage „Wehnerhof zu schaffen (Stichwort: gleicher qm-Mietpreis netto)“,

bleibt diesbezüglich aufrecht erhalten.

Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, die BMLBauservice GmbH zu beauftragen, mit fünf Architekturbüros (einschließlich Planungsbüro Gandl, Unterföhring sowie jeweils ein Vorschlag der Fraktionen) einen Planerwettbewerb (im Rahmen eines VGV-Verfahrens) vorzubereiten und durchzuführen.

Darüber hinaus sind weitere Planungsvorgaben (z.B. funktionale Lösungen, energetische Aspekte, wirtschaftliche Ausnutzung des Grundstücks, städtebauliche Aspekte etc.) zur Realisierung des Objektes an der Münchner Straße 85 mit dem Gemeinderat zu erarbeiten.

7. Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die vom Gemeinderat beschlossenen Planungsvorgaben sind bei den auszuarbeiteten Architekturvorschläge zu beachten.

AZ 611
Bauamt

82

24

Verfahren zur Inschutznahme des Landschaftsschutzgebietes "Moosgrund im Münchner Nordosten" durch die Landeshauptstadt München; Anhörung

Der Erste Bürgermeister berichtet, dass die Gemeinde mit Schreiben vom 10.07.2020 von der Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung über die Verfahrensaufnahme zur Inschutznahme des Landschaftsschutzgebietes „Moosgrund im Münchner Nordosten“ informiert wurde. Hierbei wurde der Gemeinde die Möglichkeit gegeben, bis spätestens 24.08.2020 eine Stellungnahme abzugeben. Das zukünftige Landschaftsschutzgebiet grenzt im Süden an die Gemeinde an (siehe Anlage).

Bei dem ca. 360 Hektar großen Gebiet handelt es sich um eine ehemalige Niedermoorlandschaft, die sich durch eine große Artenvielfalt auszeichnet. Das Verfahren zur Unterschutzstellung wurde bereits 2014 gesetzlich vorgeschrieben und unter Öffentlichkeitsbeteiligung eingeleitet. 2016 wurde schließlich entschieden, dass das Gebiet einstweilig, das heißt befristet auf 2 Jahre, als Landschaftsschutzgebiet sichergestellt werden soll. Diese Sicherstellung wurde bis August 2020 einmalig verlängert. Im Sommer 2020 ist die endgültige Ausweisung des Landschaftsschutzgebietes vorgesehen.

Um das Verfahren zur Inschutznahme in diesem Gremium zu beraten, wurde von Seiten der Verwaltung um eine Fristverlängerung gebeten, welche abgelehnt wurde. Allerdings wurde eine Einbeziehung von nachträglich eingereichten Einwänden angeboten.

Um eine fachliche Einschätzung zur vorgesehenen Inschutznahme zu erhalten, wurden die Unterlagen an die Landschaftsarchitektin Frau Waubke weitergegeben und geprüft. Im Zuge der fachlichen Prüfung konnte keine direkte Einflussnahme des Landschaftsschutzgebietes auf die Gemeinde Unterföhring festgestellt werden. Diese fachliche Einschätzung der Landschaftsarchitektin Frau Waubke wurde als Stellungnahme fristgerecht an die Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung zugestellt.

Der Erste Bürgermeister bringt den Beschluss des Umwelt-, Digital- und Energieausschusses vom 16.09.2020, Nr. 8, in Erinnerung, mit welchem das Gremium das Schreiben der Landeshauptstadt München vom 10.07.2020 zur Kenntnis genommen hat. Die Verwaltung wurde beauftragt, eine Stellungnahme insbesondere zu Abhängigkeiten mit der städtebaulichen

7. Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Entwicklungsmaßnahme (SEM) einzuholen und dem Gemeinderat zur abschließenden Entscheidung vorzulegen.
Die Landeshauptstadt München wurde mit Schreiben vom 21.09.2020 zu eben dieser Stellungnahme aufgefordert. Eine Stellungnahme liegt bis dato nicht vor.

In der heutigen Sitzung stellt die Referentin für Öffentlichkeit und Beauftragte für Politik und Ehrenamt des Bayerischen Bauernverbandes Frau Dagmar Wagner die Auswirkungen der Unterschutzstellung des Gebietes „Moosgrund im Münchner Norden“ auf die Landwirtschaft dar.

Aus der Mitte des Gremiums wurde noch angeregt, dass auf die Kiesentnahme in einem LSG hingewiesen wird und dies in der Stellungnahme an die LH München noch abzufragen sei.

Beschluss: 24 : 0

Das Gremium nimmt die Schreiben vom 10. und 13.07.2020 der Landeshauptstadt München zur Kenntnis und fordert eben diese auf, eine konkrete Stellungnahme zu folgenden Punkten vorzulegen:

- Abhängigkeiten des LSGs mit der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme (SEM)
- Einflussnahme des Schutzgebietes auf den geplanten vierspurigen Ausbau der Kreisstraße M3
- Einflussnahme des Schutzgebietes auf die landwirtschaftlichen Betriebe und deren Praktiken
- Warum legt man ein LSG auf, das auf der Hälfte dieses Gebietes eine „Kiesentnahme“ vorsieht.

Erst im Anschluss kann eine entsprechende Stellungnahme seitens der Gemeinde Unterföhring abgegeben werden.

AZ 1742
Bauamt

7. Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

24 **Empfehlungsbeschlüsse aus dem Umwelt-, Digital - und Energieausschuss;**

AZ 024
Bauamt

83 24 **Empfehlungsbeschlüsse aus dem Umwelt-, Digital - und Energieausschuss;**
Förderprogramm Mobilität; Sachstand und Fortschreibung
(Empfehlungsbeschluss aus dem Umwelt-, Digital- und Energieausschuss)

Der Erste Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 09.10.2019, Nr. 944, in Erinnerung, mit welchem sich das Gremium der Empfehlung des Umwelt- und Energieausschusses vom 25.09.2019, Nr. 50, zur Schaffung eines eigenständigen Förderprogrammes zum Thema (E-)Mobilität angeschlossen hat.

Gemäß Beschluss wurden folgende Punkte in das neue Förderprogramm Mobilität aufgenommen:

- Fahrräder
- Fahrradanhänger, 30% der förderfähigen Kisten, max. 300,- Euro
- Lastenräder
- Pedelecs, Förderung von 2 E-Bikes pro Haushalt möglich
- Lastenpedelecs
- Gewerbliche Pedelecs
- Gewerbliche Lastenpedelecs
- Fahrradüberdachungen
- Ladepunkte

- Der Förderantrag ist **innerhalb von 12 Monaten nach Anschaffung** des Fördergegenstands (Kaufdatum) zu stellen.
- Der Antragsteller hat **mindestens 3 Jahre seinen Hauptwohnsitz/Gewerbesitz** in Unterföhring.
- Das neuerworbene (E-)Bike/(E-)Lastenrad/Radanhänger/umgebaute E-Bike ist **zur Eigennutzung**.
- Die **Förderung kann anteilig zurückgefordert werden**, wenn der Fördergegenstand innerhalb von 3 Jahren weiterverkauft/gegeben oder regelmäßig von anderen nicht im Haushalt/Gewerbe befindlichen Personen genutzt werden.
- **Keine Förderung** von gebrauchten Pedelecs, Elektroräder ohne Tretantrieb, E-Roller, E-Scooter,
- sowie Räder ohne direkte Verbindung der Pedale zum Hinterrad (z.B. E-Rockit)
- **Leasing** ist von der Förderung **ausgeschlossen**

7. Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Nach Vorlage **aller** geforderten Unterlagen wird Ihr Antrag abschließend bearbeitet.

Seit der Änderung der Förderrichtlinien und Erlass des eigenständigen Förderprogrammes (E-)Mobilität wurden ab dem 16.01.2020, 283 Anträge gestellt und mit einer Summe von 95.068,43 Euro bezuschusst. (Stand 09.09.2020). Aufgrund der exponentiellen Entwicklung, insbesondere in den vergangenen Monaten, ist vorerst weiterhin mit einer regen Antragsstellung zu rechnen. Im Haushalt waren für das Jahr 2020 65.000 Euro unter der Haushaltsstelle 11420.7181 bereitgestellt. Nach Ausschöpfung der im Haushaltsjahr veranschlagten Haushaltsmittel wurden die weiteren Anträge und Zuschussgewährungen als überplanmäßige Ausgaben gewertet und die entsprechenden Zuwendungen gewährt.

Bei konstanter Antragsstellung ist gemäß den bisherigen Erkenntnissen mit Gesamtausgaben in Höhe von 140.000 Euro für das Haushaltsjahr 2020 zu rechnen. Diese bedürfen als überplanmäßige Ausgaben der Genehmigung durch den Gemeinderat.

Aufgrund der hohen Nachfrage wird empfohlen, die bisherigen Haushaltsmittel für das Jahr 2020 auf insgesamt 140.000,- € zu erhöhen und entsprechende Haushaltsmittel für die Jahre 2021 ff. vorzusehen..

Bereits kein Einzelfall, ist der eingegangene Antrag einer Bürgerin, mit der Bitte zur Förderung eines gebrauchten E-Pedelecs – Leasingrückläufer. Die Gemeinde möchte Bürgerinnen und Bürger bei der Veränderung ihres Mobilitätsverhaltens häufiger mit dem (E-)Rad statt Auto unterstützen. Der Erwerb eines gebrauchten (E-)Rades, sowie von (E-)Rad-Leasingrückläufern wird als sinnvoll angesehen, da es günstiger in der Anschaffung ist und die Räder weiter genutzt werden können.

Die Verwaltung sieht hier den Aspekt, den Umstieg vom Auto auf das (E-)Rad und der damit verbundenen Klimafreundlichkeit, Ressourcenschonung und die Senkung der lokalen CO2-Emissionen im Vordergrund.

Ein Privatauf soll weiterhin mangels offizieller Rechnung ausgeschlossen werden.

Mit Beschluss des Umwelt-, Digital- und Energieausschusses vom 16.09.2020, Beschluss Nr. 3, wurde dem Gemeinderat folgender Beschluss empfohlen:

Das Gremium schließt sich der Empfehlung der Verwaltung an und beschließt die Erweiterung und Anpassung des Förderprogrammes E-Mobilität um folgende Punkte:

- Gebrauchte Fahrräder
- Gebrauchte Pedelecs
- Keine Privatkäufe

7. Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt die Förderrichtlinien in Bezug auf die vorgenannten Punkte anzupassen.

Für das Haushaltsjahr 2020 werden zusätzlich 75.000 Euro als überplanmäßige Kosten in den Haushalt 11420.7181 eingestellt. Für 2021 ff. sind entsprechende Haushaltsmittel in den Haushalt 11420.7181 einzustellen.

Beschluss: 24 : 0

Das Gremium schließt sich der Empfehlung der Verwaltung an und beschließt die Erweiterung und Anpassung des Förderprogrammes E-Mobilität um folgende Punkte:

- Gebrauchte Fahrräder
- Gebrauchte Pedelecs
- Keine Privatkäufe
- Keine Leasingrückläufer

Die Verwaltung wird beauftragt die Förderrichtlinien in Bezug auf die vorgenannten Punkte anzupassen.

Für das Haushaltsjahr 2020 werden zusätzlich 75.000 Euro als überplanmäßige Kosten in den Haushalt 11420.7181 eingestellt. Für 2021 ff. sind entsprechende Haushaltsmittel in den Haushalt 11420.7181 einzustellen.

AZ 851
Bauamt

84 24 **Empfehlungsbeschlüsse aus dem Umwelt-, Digital- und Energieausschuss;**
Verordnung der Gemeinde Unterföhring über den Schutz des Bestandes von Bäumen (Baumschutzverordnung, BschVO); Neuerlass (Empfehlungsbeschluss aus dem Umwelt-, Digital- und Energieausschuss)

Der Erste Bürgermeister erinnert an den Erlass der Baumschutzverordnung (BSchVO) der Gemeinde Unterföhring am 12.03.2009 und ruft die Ergänzungsbeschlüsse vom 18.05.2017, Nr. 576, sowie vom 10.01.2019, Nr. 834 des Gemeinderates und des Umwelt-, Digital- und Energieausschusses vom 16.9.2020, Nr.5 in Erinnerung. Weiterhin wird auf die am 09.05.2019 durch den Gemeinderat beschlossene Änderungsverordnung (Beschlussnummer 888) hingewiesen.

7. Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Durch die gefassten Beschlüsse wurden inhaltliche (gem. Art. 48 Landesstraß- und Verordnungsgesetz (LStVG)) sowie redaktionelle (gem. des Bayerischen Naturschutzgesetzes (BayNatSchG) vom 23.02.2011, zuletzt angepasst am 21. Februar 2020 (GVBl. S. 34)) Anpassungen der gemeindlichen Baumschutzverordnung vorgenommen.

Da nun grundlegende inhaltliche Änderungen an der bestehenden Verordnung vorgenommen werden sollen, empfiehlt die Verwaltung einen Neuerlass der Verordnung zum Schutz der Bäume und Sträucher. Bei der grundlegenden Anpassung handelt es sich um die Unterschutzstellung von Nadelbäumen und Sträuchern innerhalb des Gemeindegebiets. Bislang beschränkt sich die Schutzverordnung ausschließlich auf Laubbäume.

Nadelbäume weisen viele Eigenschaften auf, die sich positiv auf den Siedlungsbereich auswirken können. Das immergrüne Nadelblatt der Bäume, welches auch im Winter für mehr Grün in Unterföhring sorgt, kann sich positiv auf die Luftqualität im Gemeinde Gebiet auswirken. Besonders im Winter nehmen die Nadeln der Bäume viele Feinstaub- und Schadstoffpartikel auf und speichern diese. Weiterhin bieten Nadelbäume verschiedenen Tierarten des urbanen Raums einen Lebensraum und Nahrung, sodass die Bäume zu einer höheren Artenvielfalt im Gemeindegebiet beitragen können. Die Gattung Picea (Fichten) würde, nach Vorschlag der Gemeinde, allerdings nicht unter Schutz gestellt werden, da es sich bei Fichten um sehr schnellwüchsige Bäume handelt.

Eine nicht amtliche Synopse der redaktionellen und inhaltlichen Anpassungen sowie ein Entwurf der künftigen Verordnung wurden dem Gremium zugestellt.

Beschluss: 14 : 10

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 16.9.2020, Nr. 5 und stimmt dem Neuerlass der Verordnung über den Schutz des Bestandes an Bäumen und Sträuchern zu. Die Verwaltung wird mit der Ausarbeitung der Baumschutzverordnung beauftragt. Die Baumschutzverordnung erhält den Stand 08.10.2020 und tritt zum 01.12.2020 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Verordnung der Gemeinde Unterföhring über den Schutz des Bestandes an Bäumen (Baumschutzverordnung, BSchVO) In der Fassung der Änderungsverordnung vom 15.05.2019, in Kraft seit 01.06.2019, Gemeinderatsbeschluss Nr. 888, außer Kraft.

Die Baumschutzverordnung ist entsprechend auszufertigen und amtlich bekannt zu machen.

AZ 028
Bauamt

7. Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

85 24 **Empfehlungsbeschluss aus dem Jugend- und Kulturausschuss;
Erstellung einer Benutzungsordnung für die Tiefgarage im Bürgerhaus
Unterföhring:**

Der Vorsitzende erinnert an den Empfehlungsbeschluss des Jugend- und Kulturausschusses Nr. 7 vom 23.09.2020. Ein Entwurf der Benutzungsordnung für die Tiefgarage im Bürgerhaus Unterföhring wurde den Mitgliedern des Gemeinderats zugestellt.

Seit Eröffnung des Bürgerhauses vor zehn Jahren wird die öffentliche Tiefgarage neben Besuchern des Hauses auch von vielen Fremd- und Dauerparkern genutzt. Bei Kulturveranstaltungen wie auch bei Einmietungen, kommt es daher immer wieder zu erheblichen Engpässen bezüglich der nutzbaren Parkplätze. Um der bestehenden Problematik entgegenzuwirken hat die Verwaltung eine Benutzungsordnung für die Tiefgarage erstellt (siehe Entwurf als Anlage).

Hierbei ist vorgesehen, die Nutzung von Parkscheiben vorzuschreiben. Diese kostengünstige Lösung wird für die Dauer von ca. einem Jahr getestet. Sollte kein sichtbarer Erfolg eintreten, muss über eine weitergehende Lösung, wie zum Beispiel eine Schrankenanlage oder ähnliches, nachgedacht werden.

Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat folgt dem Empfehlungsbeschluss des Jugend- und Kulturausschusses und beschließt den Erlass der Benutzungsordnung für die Tiefgarage im Bürgerhaus Unterföhring gemäß Anlage.

Kulturamt

86 24 **Empfehlungsbeschluss aus dem Bau-, Verkehr- und
Grundstücksausschuss; Antrag auf Änderung (Nutzungsänderung) des
vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 49b/12 der SANCTOR Objekt
Unterföhring GmbH & Co. KG:**

Der Vorsitzende bringt den Antrag der SANCTOR Objekt Unterföhring GmbH & Co. KG, München, zur Änderung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 49b/12 im vereinfachten Verfahren vom 17.08.2020, eingegangen bei der Gemeinde am 19.08.2020, zur Kenntnis.

Das Schreiben vom 17.08.2020 wurde dem Gremium zur Verfügung gestellt und dem Gemeinderat in seiner letzten Sitzung am 10.09.2020 bekannt gegeben.

Die Antragsteller beabsichtigen die Verkaufs- und Büroflächen des bestehenden Baumarktes zu reduzieren und Nutzungen zu ermöglichen, die zusätzliches Kundenpotenzial für den Baumarkt mit sich bringen. Als konkrete Beispiele werden eine Tanzschule und ein Lidl Markt angeführt. Das

7. Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Angebotssortiment des Baumarktes soll trotz der Umnutzungen nicht verringert werden.

Eine Umnutzung der Flächen ist nur durch eine Änderung des Bebauungsplanes möglich, da der bestehende Bebauungsplan nur die Baumarktnutzung zulässt. Die Änderung des Bebauungsplanes kann im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB durchgeführt werden.

Der Bauausschuss hat in seiner Sitzung am 29.09.2020 Folgenden Beschluss (Beschluss Nr. 29) gefasst:

„Das Gremium nimmt den Antrag der SANCTOR Objekt Unterföhring GmbH & Co. KG, München, zur Änderung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 49b/12 im vereinfachten Verfahren vom 17.08.2020, zur Kenntnis und spricht sich dem Grunde nach dafür aus, den Bebauungsplan Nr. 49b/12 im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB im Hinblick auf die Nutzungsart Verkauf (Lidl) und Sport (Tanzschule) zu ändern.

Zur Realisierung der geplanten Maßnahme ist ein städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 BauGB mit der SANCTOR Objekt Unterföhring GmbH & Co. KG, München, abzuschließen. Es sind die erforderlichen Fachplaner für die Durchführung des Bauleitplanverfahrens, Bebauungsplan, sowie ein Rechtsbeistand zur Vorbereitung des städtebaulichen Vertrages zu beauftragen. Vor Einleitung des Bauleitplanverfahrens sind die städtebauliche und gesetzliche Verträglichkeit (Verkehr, Einzelhandelsflächen < 800m²) der neuen Nutzung von Einzelhandel (Lidl) und Sport (Tanzschule) mit dem umliegenden Gewerbe an der Feringastrasse zu prüfen.

Die anfallenden Kosten trägt komplett der Vorhabensträger.“

Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 29.09.2020 und nimmt den Antrag der SANCTOR Objekt Unterföhring GmbH & Co. KG, München, zur Änderung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 49b/12 im vereinfachten Verfahren vom 17.08.2020, zur Kenntnis und spricht sich dem Grunde nach dafür aus, den Bebauungsplan Nr. 49b/12 im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB im Hinblick auf die Nutzungsart Verkauf (Lidl) und Sport (Tanzschule) zu ändern.

Zur Realisierung der geplanten Maßnahme ist ein städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 BauGB mit der SANCTOR Objekt Unterföhring GmbH & Co. KG, München, abzuschließen. Es sind die erforderlichen Fachplaner für die Durchführung des Bauleitplanverfahrens, Bebauungsplan, sowie ein Rechtsbeistand zur Vorbereitung des städtebaulichen Vertrages zu beauftragen. Vor Einleitung des Bauleitplanverfahrens sind die städtebauliche und gesetzliche Verträglichkeit (Verkehr, Einzelhandelsflächen < 800m²) der neuen Nutzung von Einzelhandel (Lidl) und Sport (Tanzschule) mit dem umliegenden Gewerbe an der Feringastrasse zu prüfen.

7. Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Die anfallenden Kosten trägt komplett der Vorhabensträger.

AZ 6102
Bauamt

87 24 **Budgetvereinbarungen 2021 für die Kindertagesstätten als Ergänzung zum Trägerschaftsvertrag mit der Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Oberbayern e.V.**

Der Vorsitzende bringt den GR-Beschluss Nr. 787 vom 11.10.2018 in Erinnerung, in dem die jährlichen Budgetvereinbarungen der Kindertagesstätten als Ergänzung zum Trägerschaftsvertrag mit der Arbeiterwohlfahrt getroffen wurden.

Gemäß Nr. 5.8 der Trägerschaftsverträge werden die Art und der Umfang der zu erbringenden Leistung sowie die Finanzierung jährlich durch eine Budgetvereinbarung geschlossen. Die Vorlage der Haushaltsentwürfe 2021 erfolgte mit Schreiben der Arbeiterwohlfahrt vom 03.08.2020.

Die einzelnen Beträge und Aufwendungen verteilen sich je Einrichtung wie folgt:

Kindergarten St.-Florian-Str.	Ansatz AWO: 1.348.933,03 €
<u>Einnahmen AWO-Haushalt (extern)</u>	
Essensgeld:	46.376,00 €
Elternbeiträge:	50.940,00 € *)
Integrationsförderung:	169.108,25 €
Staatl. Förderung (BayKiBiG):	365.087,73 € **)

*) Seit April 2019 werden 100 € pro Kindergartenkind vom Land bezahlt, dadurch entfällt diese Position für die Gemeinde für den Kindergartenbereich

**) Weiterreichung durch die Gde. an Träger: Einnahme -> Verbuchung als Durchlaufposten auf HHSt 46410.1710, Ausgabe -> Verbuchung auf HHSt. 46410.6780 s.u.

631.511,98 €

<u>Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)</u>	
Komm. Förderung (BayKiBiG):	365.087,73 € (HHSt 46410.6780)
Defizitausgleich:	352.333,32 € (HHSt 46410.6780)

717.421,05 €

<u>Haushaltsansätze Gemeinde 2021*:</u>	
46410.1710	365.000,00 € (Einnahme Durchlaufp. staatl. Förderung)
46410.6780	1.082.600,00 € (inkl. Ausgabe Durchlaufp. staatl. Förderung)

7. Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Kinderkrippe Föhringer Allee

Ansatz AWO: 544.182,71 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld: 12.276,00 €
Integrationsförderung: 49.729,50 €
Staatl. Förderung (BayKiBiG): 137.577,41 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46440.1710

199.582,91 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung (BayKiBiG): 137.577,41 € (HHSt 46440.6780)
Elternbeiträge: 64.320,00 € (HHSt 46440.7180)
Defizitausgleich: 142.702,39 € (HHSt 46440.6780)

344.599,80 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2021*:

46440.7180 64.400,00 €
46440.1710 137.000,00 € (Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
46440.6780: 417.900,00 € (inkl. Ausgabe Durchlaufp. staatl. Förderung)

Kinderhaus Römerweg

Ansatz AWO: 1.077.155,70 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld: 55.968,00 €
Elternbeiträge KiGa: 35.280,00 €
Staatl. Förderung (BayKiBiG): 285.233,57 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46460.1710

376.481,57 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung (BayKiBiG): 285.233,57 € (HHSt 46460.6780)
Elternbeiträge KiKri: 128.640,00 € (HHSt 46460.7180)
Defizitausgleich: 286.800,56 € (HHSt 46460.6780)

700.674,13 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2021*:

46460.7180: 128.700,00 €
46460.1710 285.000,00 € (Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
46460.6780: 857.300,00 € (inkl. Ausgabe Durchlaufp. staatl. Förderung)

7. Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Kinderhaus Straßäckerallee 11 **Ansatz AWO: 2.494.365,89 €**

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld: 170.060,00 €
 Elternbeiträge KiGa: 90.420,00 €
 Pflegeersatzerlöse 89.362,60 €
 Staatl. Förderung (BayKiBiG): 681.089,45 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46450.1710

1.030.932,05 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung (BayKiBiG): 681.089,45 € (HHSt 46450.6780)
 Elternbeiträge KiKri: 222.240,00 € (HHSt 46450.7180)
 Defizitaussgleich: 560.104,39 € (HHSt 46450.6780)

1.463.433,84 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2021*:

46450.7180: 222.300,00 €
 46450.1710: 681.000,00 € (Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
 46450.6780: 1.922.300,00 € (inkl. Ausgabe Durchlaufp. staatl. Förderung)

Kinderhaus Straßäckerallee 13 **Ansatz AWO: 1.673.177,72 €**

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld: 76.978,00 €
 Elternbeiträge KiGa: 35.520,00 €
 Staatl. Förderung (BayKiBiG): 474.387,80 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46470.1710

586.885,80 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung (BayKiBiG): 474.387,80 € (HHSt 46470.6780)
 Elternbeiträge KiKri: 262.080,00 € (HHSt 46470.7180)
 Defizitaussgleich: 349.824,12 € (HHSt 46470.6780)

1.086.291,92 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2021*:

46470.7180: 262.100,00 €
 46470.1710: 474.000,00 € (Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
 46470.6780: 1.298.600,00 € (inkl. Ausgabe Durchlaufp. staatl. Förderung)

7. Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Kinderhort Münchner Str. Ansatz AWO: 920.608,43 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld: 115.500,00 €

Staatl. Förderung (BayKiBiG): 259.791,40 €*

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46480.1710

375.291,40 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung (BayKiBiG): 259.791,40 € (HHSt 46480.6780)

Elternbeiträge: 86.640,00 € (HHSt 46480.7180)

Defizitausgleich: 198.939,63 € (HHSt 46480.6780)

545.371,03 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2021*:

46480.7180: 86.700,00 €

46480.1710 259.000,00 € *(Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)*

46480.6780: 834.000,00 € *(inkl. Ausgabe Durchlaufp. staatl. Förderung)*

Kindergarten Blumenstr.

Ansatz AWO: 1.111.712,80 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld: 74.800,00 €

Elternbeiträge KiGa: 83.580,00 €

Staatl. Förderung (BayKiBiG): 285.936,75 € *

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46400.1710

444.316,75 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung (BayKiBiG): 285.936,75 € (HHSt 46400.6780)

Defizitausgleich: 381.459,30 € (HHSt 46400.6780)

667.396,05 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2021*:

46400.1710 285.000,00 € *(Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)*

46400.6780: 953.400,00 € *(inkl. Ausgabe Durchlaufp. staatl. Förderung)*

Mittagsbetreuung

Ansatz AWO: 545.970,70 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld: 103.000,00 €

Staatl. Förderung: -

103.000,00 €

7. Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung (BayKiBiG):	-	
Zuschuss päd. Mittagstisch:	61.938,00 €	(HHSt 21111.6780)
Elternbeiträge:	0,00 €	
Defizitausgleich:	381.032,70 €	(HHSt 21111.6780)

442.970,70 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2021*:

21111.6780:	443.000,00 €
-------------	--------------

Kindergarten Schramelweg

Ansatz AWO: 561.525,53 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld:	37.400,00 €
Elternbeiträge KiGa:	44.160,00 €
Staatl. Förderung (BayKiBiG):	146.356,40 € *

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46420.1710

227.916,40 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung (BayKiBiG):	146.356,40 €	(HHSt 46420.6780)
Defizitausgleich:	187.252,73 €	(HHSt 46420.6780)

333.609,13 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2021*:

46420.1710:	146.000,00 €	(Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
46420.6780:	480.000,00 €	(inkl. Ausgabe Durchlaufp. staatl. Förderung)

Interimskinderhaus Straßäckerallee 15

Ansatz AWO: 1.312.497,01 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld:	37.400,00 €
Elternbeiträge KiGa:	123.900,00 €
Staatl. Förderung (BayKiBiG):	377.541,35 € *

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46432.1710

538.841,35 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung (BayKiBiG):	377.541,35 €	(HHSt 46432.6780)
Defizitausgleich:	396.114,31 €	(HHSt 46432.6780)

773.655,66 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2021*:

46432.1710	377.000,00 €	(Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
46432.6780:	1.151.000,00 €	(inkl. Ausgabe Durchlaufp. staatl. Förderung)

7. Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Gastkinder und Tagesmütter

Ansatz Gemeinde: 800.000,00 €

Einnahmen Gemeinde-Haushalt

Staatl. Förderung: 200.000,00 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Tagesmütter/externe KiTAs = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46490.1710

200.000,00 €

Ausgaben Gemeinde-Haushalt

Komm. Förderung	200.000,00 €	(HHSt 46490.6780)
Elternbeiträge	200.000,00 €	(HHSt 46490.7180)
Tagesmütter	100.000,00 €	(HHSt 46490.7120)
Defizitausgleich	300.000,00 €	(HHSt 46490.6780)

800.000,00 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2021:

46490.7180:	200.000,00 €	
46490.7120:	100.000,00 €	
46490.1710:	200.000,00 €	(Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
46490.6780:	500.000,00 €	(inkl. Ausgabe Durchlaufp. staatl. Förderung)

**die „Haushaltsansätze Gemeinde“ sind bei jeder Einrichtung auf volle Hundert auf- (Ausgaben) bzw. abgerundet (Einnahmen).*

Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat genehmigt das Budget 2021 für die Kindertagesstätten wie von der Arbeiterwohlfahrt am 03.08.2020 beantragt.

Die Einnahmen und Ausgaben sind in folgender Höhe mit der Budgetvereinbarung zu unterzeichnen und in den Haushalt 2021 zu übernehmen:

Einrichtung	Personal- und Sachausgaben .6780 2021 €	Elternbeiträge Ausgabe (Gebührenfreiheit) .7180 2021 €	zu erwartende Zuschüsse (BayKiBiG) Einnahme .1710 2021 €
21111. Mittagsbetreuung	443.000,00	0	0
46400. Kindergarten Blumenstraße	953.400,00	0	285.000,00
46410. Kindergarten St.-Florian-Str.	1.082.600,00	0	365.000,00
46420. Kindergarten Schramelweg	480.000,00	0	146.000,00
46432. Interimskinderhaus Straßäckerallee 15	1.151.000,00	0	377.000,00
46440. Kinderkrippe Föhringer Allee	417.900,00	64.400,00	137.000,00

7. Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

46460. Kinderhaus Römerweg	857.300,00	128.700,00	285.000,00
46470. Kinderhaus Straßäckerallee 13	1.298.600,00	262.100,00	474.000,00
46450. Kinderhaus Straßäckerallee 11	1.922.300,00	222.300,00	681.000,00
46480. Kinderhort Münchner Str.	834.000,00	86.700,00	259.000,00
46490. Gastkinder und Tagesmütter	500.000,00	200.000,00	200.000,00
Summe	9.940.100,00	964.200,00	3.209.000,00

AZ 423
Finanzen

88

24

Aufforstungsarbeiten auf der gemeindeeigenen Fläche Fl.Nr. 1205/4 Nähe des Poschinger Weiher; Erteilung einer dringlichen Anordnung

Der Vorsitzende erinnert an die Beschlüsse aus der Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 23.10.2018, Nr. 533 sowie des Gemeinderates vom 08.11.2018, Nr. 803, mit welchen die Gremien zum Ankauf von Flächen von 7.600 m² zur Erstaufforstung als Ausgleichsmaßnahme nach Bebauungsplan Nr. 87/17 Schulcampus und Sportpark zustimmten. Des Weiteren wird an die Gemeinderatsitzung vom 12.09.2019 erinnert, in welcher der endgültige Kauf der Flächen bekannt gemacht wurde.

Die vom Bauamt geschätzten Kosten für die benötigten Materialien und mit der Aufforstung verbundenen Arbeitsprozesse (Pflanz- und Pflegevorgänge), welche durch eine der angeschriebenen Fachfirmen ausgeführt werden sollen, liegen bei 50.000 € brutto. Im Haushalt 2020 sind keine Kosten für die Anlegung einer ökologischen Ausgleichsflächen eingestellt. Die Kosten bedürfen als außerplanmäßige Ausgabe der Genehmigung durch den Gemeinderat.

Die Ausgleichsmaßnahmen für den rechtskräftigen Bebauungsplan sind bis Fertigstellung der Maßnahme Schulcampus zu erstellen. Spätestens zum 01.10.2020 sollen nun die Aufforstungsarbeiten im Bereich der Fläche Nr. 1205/4 begonnen werden. Dafür wurde eine beschränkte Ausschreibung nach §3 Abs. 3 VOL/A veranlasst und am 24.08.2020 an fünf Firmen die Angebotsunterlagen durch die elektronische Ausschreibungsplattform „Aumass“ versandt.

Am 03.09.2020, 10:00 Uhr, fand die Angebotsöffnung statt. Es wurde ein Angebot der Firma Rudolf Schrader GmbH, 85053 Ingolstadt, Angebot vom 31.08.2020 mit einer Angebotssumme von 38.949,61 € brutto vorgelegt.

7. Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Nach fachtechnischer und rechnerischer Prüfung wurde der Auftrag am 07.09.2020 an die Firma Rudolf Schrader GmbH, 85053 Ingolstadt, zu einer Angebotssumme von 23.579,61 € brutto für die Pflanzmaßnahme vergeben. Die Kosten für Fertigstellungspflege und Entwicklungspflege 1. und 2. Jahr belaufen sich gemäß Angebot vom 31.08.2020 auf 15.370 € brutto bei 16% Mehrwertsteuer und sind unter der Haushaltsstelle 36020.5012 zu verbuchen. Aufgrund der zu koordinierenden Pflanzenlieferung und Arbeitsvorbereitung musste zur Sicherstellung der Arbeiten in der nun kommenden Pflanzperiode ab 01.10.2020 der Auftrag für die Anpflanzung unmittelbar nach Angebotsprüfung erteilt werden. Da es sich demnach um ein unaufschiebbares Unterfangen handelte und die nächste Gemeinderatssitzung erst für den 08.10.2020 angesetzt war, traf der Erste Bürgermeister die dringliche Anordnung.

Beschluss: 24 : 0

Das Gremium nimmt den vorgenannten Sachverhalt zur Kenntnis und genehmigt die außerplanmäßigen Ausgaben zur Anlegung der ökologischen Ausgleichsfläche.

Für die Durchführung der Maßnahme werden Kosten in Höhe von 30.000,- € brutto unter der neuen Haushaltsstelle 36020.9541 – Naturschutz und Landschaftspflege, ökologische Ausgleichsfläche – für das Haushaltsjahr 2020 genehmigt.

Die Kosten der Fertigstellungspflege und Entwicklungspflege sind unter der Haushaltsstelle 36020.5012 in den Haushalt 2021ff. einzustellen.

AZ 7403
Bauamt

89 24 **Bekanntgaben / Anfragen**

AZ 024
Hauptamt

24 **BEK 10/2020 Aktuelle Info zur Coronapandemie in der Gemeinde Unterföhring**

Der Bürgermeister informiert das Gremium über den aktuellen Stand der Coronapandemie in der Gemeinde Unterföhring:

-Das Gesundheitsamtes des Landkreises München hat zum 01.09.2020 die Gemeinde Unterföhring mit der Kontaktpersonenermittlung der Kontaktpersonen der Kategorie 1 (KP 1) beauftragt.

7. Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Diese Aufgabe hat das Sachgebiet 1.2 öffentliche Sicherheit und Ordnung, Kommunales und Standesamt übernommen.

4 Mitarbeiter sind täglich mit dieser Arbeit beschäftigt.

Hierbei müssen die Kontaktpersonen der Kategorie 1 (Gespräch mit weniger wie 1,5 m Abstand, länger wie 15 Minuten oder 30 Minuten in einem Raum ohne gute Belüftung) ermittelt und entsprechend kontaktiert werden.

Die Kontaktpersonen der Kategorie 1 werden während der Quarantäne durch das Ordnungsamt täglich kontaktiert und betreut.

-Teststation ist weiterhin zwei Mal wöchentlich in Betrieb
Stand heute 08.10.2020 wurden insgesamt 838 Personen seit Anfang März 2020 getestet.
Besten Dank an die Hausärzteschaft die seit Beginn der Pandemie sehr gut mit der Verwaltung zusammenarbeiten.

-Quarantäne von drei 7ten Klassen im Gymnasium Unterföhring.
Schnelle Organisation einer Reihentestung in Zusammenarbeit mit der Schulleitung.

Aktuelle Zahlen hierzu:

-derzeit gibt es in Unterföhring 5 infizierte Personen
-13 Personen der Kategorie 1 werden derzeit während Ihrer Quarantänezeit betreut

AZ 1310
Hauptamt

24 **BEK 10/2020 Aktueller Sachstand über Flug von Aschepartikel durch das HKW München Nord am 11.09.2020**

Der Erste Bürgermeister berichtet kurz über den aktuellen Sachstand zum Ascheflug durch das HKW Nord vom 11.09.2020.

Die Gemeindeverwaltung hat ein Bodengutachten in Auftrag gegeben, um sicherzugehen, dass der Boden im betroffenen Bereich (Ringstraße, Siedlerstraße und Neubruchstraße) frei von Schadstoffen ist.

Die Stadtwerke München hat zudem eine Fachfirma mit der Reinigung der Spielplätze und sonstigen privaten Gegenständen beauftragt.

7. Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Erst nach Abklärung aller Punkte werden die öffentlichen Spielplätze wieder freigegeben.

Bauamt

24 **BEK 10/2020 Gewerbegebiet Unterföhring; Parkraumkonzept für den öffentlichen Straßenraum als auch für das Parkhaus Diesel-/Beta-Straße und Parkdeck/Tiefgarage Jahnstraße; Grundsatzbeschluss**

Der Vorsitzende erinnert an die BEK vom 21.02.2019, Nr. 571 sowie vom 23.06.2020, Nr. 16. Weiterhin erinnert er an die Beschlüsse des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 29.11.2016, Nr. G139; des Gemeinderates vom 08.12.2016, Nr. G 511 und vom 28.05.2020, Nr. 30.

Der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München wurde durch die Gemeinde beauftragt eine Stellungnahme für die Parkraumbewirtschaftung im Gewerbegebiet zu erstellen. Hier sollen die Aspekte der Parkraumbewirtschaftung für die Parkscheinautomaten im öffentlichen Straßenraum, für das Parkhaus Diesel/Beta-Straße und für das Parkdeck/Tiefgarage Jahnstraße mit einfließen.

AZ 1401
Bauamt

24 **BEK 10/2020 Hinweise zur Durchführung der Bürgerversammlung am 14.10.2020**

Der Erste Bürgermeister gibt einen Ausblick auf die anstehende Bürgerversammlung am 14.10.2020 und weist nochmals eindringlich auf die Beachtung des dafür gültigen Hygienekonzeptes hin.

Im Gemeindeblatt wird im Nachgang ausführlich von der Bürgerversammlung berichtet.

Referent des Bürgermeisters

24 **BEK 10/2020 Stellungnahme zum Presseartikel Eiszauber vom 02./03./04.10.2020**

Der Erste Bürgermeister informiert das Gremium über den fehlerhaften Presseartikel vom 02./03./04.10.2020 über das Abhalten des Eiszaubers auf dem Bürgerhausvorplatz.

7. Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Frau Schulte Rief, Kulturamtsleitung, hat in keinster Weise behauptet, dass das Hygienekonzept des Betreibers des Eiszaubers hieb und stichfest ist.

Die Verfasserin des Presseartikels wurde bereits auf das Missverständnis hingewiesen.

Kulturamt

24 Anfrage Frau Mörike - Beschilderung Weg südlich des Feststadl's

Frau Mörike erkundigt sich warum am südlichen Weg des Feststadl's nur noch Fußgänger zugelassen sind. Früher war dort die Beschilderung Rad- und Fußweg angebracht.

Herr Kapfenberger (Leitung Bauamt) teilte dem Gremium mit, dass die Breite des Weges keinen gemeinsamen Geh- und Radweg zulässt.

Bauamt

Nachdem keine weiteren Anfragen gestellt werden bedankt sich der Vorsitzende bei den Gemeinderatsmitgliedern für die konstruktive Sitzung sowie bei den Zuhörern und der Pressevertretern und Pressevertreterinnen für ihren Besuch und schließt die Sitzung um 22:58 Uhr.

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Felix Kinzinger
Schriftführer

Verordnung

der Gemeinde Unterföhring über den Schutz des Bestandes an Bäumen und Sträuchern (Baumschutzverordnung, BSchVO)

In der Fassung der Neuverordnung vom 08.10.2020, in Kraft seit 01.12.2020,
Gemeinderatsbeschluss Nr. 84

Aufgrund des § 29 Abs. 1 Satz 2 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I, S. 2542) in Verbindung mit Art. 51 Abs. 1 Nr. 5a des Bayerischen Naturschutzgesetzes (BayNatSchG) vom 23. Februar 2011 (GVBl. S. 82), das zuletzt durch Gesetz vom 21. Februar 2020 (GVBl. S. 34) geändert worden ist, erlässt die Gemeinde Unterföhring folgende Verordnung:

§ 1

Schutzzweck

Der Bestand an Gehölzen wird im nach § 2 näher bezeichneten Bereich und Umfang geschützt, um

- (1) eine angemessene, innerörtliche Durchgrünung zu gewährleisten,
- (2) das Ortsbild zu beleben, zu gliedern und zu pflegen
- (3) die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes zu erhalten und zu fördern
- (4) sowie schädliche Umwelteinwirkungen zu mindern.

Geschützte Gehölze sind zu erhalten und mit diesem Ziel zu pflegen und vor Gefährdungen zu schützen.

§ 2

Schutzgegenstand und Geltungsbereich

- (1) Die Verordnung gilt für den Baum- und Strauchbestand innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile der Gemeinde Unterföhring (im Folgenden Gemeinde genannt) nach Maßgabe der Absätze 2 und 3.
- (2) Geschützt sind alle Bäume und Sträucher, die einen Stammumfang von mehr als 100 cm haben. Der Stammumfang wird in einer Höhe von 100 cm über dem Erdboden gemessen.
- (3) Geschützt sind auch mehrstämmige Gehölze, wenn die Summe der Stammumfänge in 1 m Höhe über dem Erdboden 80 cm und mehr beträgt und wenn mindestens ein Stamm einen Umfang von 40 cm oder mehr erreicht. Ein mehrstämmiges Gehölz liegt vor, wenn aus einem Wurzelstock mehrere Stämme wachsen oder wenn sich ein Stamm unterhalb einer Höhe von 100 cm über dem Erdboden gabelt. Ein mehrstämmiges Gehölz liegt außerdem vor, wenn mehrere Stämme, die auch aus verschiedenen Sämlingen entstanden sein können, zusammengewachsen sind.

- (4) Geschützt sind auch alle Ersatzpflanzungen im Sinne von § 6, selbst wenn sie das vorgenannte Maß nach § 2 Nr. 2 noch nicht erreicht haben.

§ 3

Verbote

- (1) Im Geltungsbereich dieser Verordnung ist es verboten, geschützte Gehölze zu entfernen, zu zerstören, zu verändern oder sie in ihrem Weiterbestand zu beeinträchtigen.
- (2) Ein Entfernen liegt insbesondere vor, wenn geschützte Gehölze gefällt, abgeschnitten, abgebrannt, entwurzelt oder deren Wurzeln gekappt werden. Das fachgerechte Verpflanzen eines geschützten Baumes auf demselben Grundstück ist kein Entwurzeln im Sinne von Satz 1.
- (3) Ein Zerstören liegt insbesondere vor, wenn Maßnahmen (mit Ausnahme von fachgerechter Sanierung) vorgenommen oder Zustände aufrechterhalten werden, die zum Absterben der Gehölze führen oder diese nachhaltig schädigen.
- (4) Eine Veränderung liegt insbesondere vor, wenn an Gehölzen Eingriffe vorgenommen werden, die das charakteristische Aussehen nachhaltig beeinträchtigen, das Wachstum dauerhaft verhindern oder deren Gesundheit schädigen. Ein Verändern liegt auch dann vor, wenn Baumpflegemaßnahmen entgegen den Richtlinien für Baumpflege und Baumsanierung durchgeführt werden.
- (5) Unter die Verbote des Absatzes 1 fallen auch Einwirkungen auf den Raum (Wurzel- und Kronenbereich), soweit diese Gehölze gefährden. Einwirkungen im Sinne von Satz 1 sind insbesondere folgende Maßnahmen im Kronentraufbereich (die von der Baumkrone überdeckte Bodenfläche) von geschützten Gehölzen:
- Befestigen der Bodenoberfläche mit einem wasserundurchlässigen Belag,
 - Abgrabungen, Ausschachtungen (z.B. durch Ausheben von Gräben), Aufschüttungen oder Bodenverdichtungen,
 - Abstellen und Befahren mit Fahrzeugen im unbefestigten Wurzelbereich. Diese Regelung gilt nicht bei bestehenden Stellplätzen.
 - Lagern, Anschütten oder Ausgießen von Salzen, Säuren, Ölen, Laugen, Farben, Abwässern oder Abfällen,
 - Anwendung von Unkrautvernichtungsmitteln (Herbizide), soweit diese nicht für die Anwendung unter Gehölzen zugelassen sind
 - Anwendung von Streusalzen, soweit der Kronenbereich nicht zur Straßendecke gehört,
 - Entzünden von Feuer,

- Aufstauen von Wasser (Grundwasserveränderung)

§ 4 **Ausnahmen**

(1) Von den Verboten dieser Verordnung bleiben ausgenommen:

1. Nadelbäume der Gattung *Picea* (Fichten) sowie Obstgehölze, mit Ausnahme folgender Arten: Walnuss, Holzbirne, Holzapfel, Vogelkirsche, Holunder und Hasel;
2. Hecken, die als lebende Einfriedungen dienen und durch regelmäßigen Schnitt in Form gehalten werden;
3. Bäume in gewerblichen Baumschulen und Gärtnereien;
4. der fachgerechte Gehölzschnitt, der den Bestand erhält;
5. Maßnahmen in Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht auf Gehwegen und Fahrbahnen;
6. Gehölze, von denen eine unmittelbare Gefahr ausgeht, wobei die Gefährdung als Nachweis zu dokumentieren und der Gemeinde vorzulegen ist;
7. Maßnahmen zum Bau und zur Sicherung der Ver- und Entsorgungsnetze nach Abstimmung mit der Gemeinde und dem Ver-/Entsorgungsunternehmer;
8. Pflegemaßnahmen, die im Auftrag der Unteren Naturschutzbehörde der der Gemeinde zur Erhaltung von Gehölzen durchgeführt werden;

§ 5 **Genehmigung**

(1) Das Entfernen oder Verändern geschützter Gehölze ist zu genehmigen, wenn

1. überwiegende Gründe des allgemeinen Wohls dies erfordern oder
2. die Befolgung von Beschränkungen zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den öffentlichen Belangen im Sinne des Bayerischen Naturschutzgesetzes vereinbar ist oder
3. die Durchführung der Vorschrift zu einer nicht gewollten Beeinträchtigung von Natur und Landschaft führen würde.

(2) Das Entfernen oder Verändern geschützter Gehölze kann im Einzelfall genehmigt werden, wenn

1. auf Grund anderer Rechtsvorschriften ein Anspruch auf Genehmigung eines Vorhabens besteht, dessen Verwirklichung ohne eine Entfernung oder Veränderung von Gehölzen nicht möglich ist oder
 2. die bereits ausgeübte gewerbliche Nutzung eines Grundstücks unzumutbar beeinträchtigt wird oder
 3. Gehölze infolge von Altersschäden, Schädlingsbefall, Krankheit oder Missbildung ihre Schutzwürdigkeit verloren haben oder der Bestand oder die Nutzbarkeit eines vorhandenen Gebäudes unzumutbar beeinträchtigt wird. Eine unzumutbare Beeinträchtigung liegt durch den bloßen Schattenwurf, bei durch Wurzeln verursachten Bodenunebenheiten oder bei Laubfall in die Dachrinne nicht vor.
- (3) Für die Erteilung der Genehmigung ist die Gemeinde zuständig. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden. Insbesondere kann verlangt werden, entsprechend den Regelungen des § 6 Ersatzpflanzungen vorzunehmen oder Ausgleichszahlungen an die Gemeinde zu entrichten.
- (4) Die Genehmigung nach den Absätzen 1 und 2 ist spätestens 4 Wochen vor Durchführung der geplanten Maßnahme unter Angabe der Gründe schriftlich bei der Gemeinde zu beantragen. Für den Antrag auf Baumfällung bzw. Baumveränderung ist der in Anlage 3 beigefügte Vordruck zu verwenden. Im Antrag sind die betroffenen Gehölze nach Art, Stammumfang und Höhe sowie mit einer Skizze der Lage im Grundstück zu bezeichnen. Die Gemeinde kann im Einzelfall die Vorlage von Baumgutachten und Plänen verlangen und dabei Anzahl, Maßstab und Inhalt festlegen.
- (5) Bei Baumaßnahmen sind dem Antrag ein Baumbestandsplan und ein Freiflächengestaltungsplan beizufügen. Während der Bauzeit gelten grundsätzlich die Bestimmungen der DIN 18920 – „Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen“.
- (6) Die Entscheidung der Gemeinde ergeht schriftlich. Vor der Entscheidung durch die Gemeinde darf der vorhandene Zustand nicht verändert werden.

§ 6

Ersatzpflanzung und Ausgleichszahlung

- (1) Die Genehmigung kann unter Auflagen und Bedingungen erteilt werden. Zur Gewährleistung der Erfüllung der Nebenbestimmung kann eine angemessene Sicherheitsleistung gefordert werden.
- (2) Insbesondere kann die Auflage erteilt werden, dass auf demselben Grundstück durch die Anpflanzung von Gehölzen für die eintretende Bestandsminderung ein angemessener Ersatz geleistet wird. Dabei können Standort, Mindestgrößen, Pflanzenart und Pflanzfristen näher bestimmt werden (siehe Pflanzliste Anlage 1). Wachsen die Ersatzpflanzungen nicht an, ist die Vornahme der Pflanzung zu wiederholen.

- (3) Werden entgegen den Verboten des § 3 geschützte Gehölze entfernt, zerstört, verändert oder in ihrem Weiterbestand beeinträchtigt, können angemessene Ersatzpflanzungen zum Ausgleich für die eingetretene Bestandsminderung angeordnet werden. Abs. 2 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.
- (4) Ist in den Fällen der Absätze 2 und 3 eine Ersatzpflanzung nicht möglich oder unzumutbar, kann eine Ausgleichszahlung gefordert werden. Die Höhe der Ausgleichszahlung errechnet sich nach den Kosten, die für eine angemessene Ersatzpflanzung auf öffentlichen Grünflächen erforderlich sind (siehe Kostenliste Anlage 2). Die Ausgleichszahlung ist zweckgebunden für die Neupflanzung von Gehölzen zu verwenden.

§ 7

Vorbehalt anderer Bestimmungen

Unberührt von den Bestimmungen dieser Verordnung bleiben weitergehende Vorschriften in Gesetzen des Bundes- und Landesrechts sowie in Natur- und Landschaftsschutzverordnungen sowie Verordnungen zum Schutz von Landschaftsbestandteilen und Naturdenkmälern.

§ 8

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Nach Art. 57 Abs. 1 Nr. 3 BayNatSchG kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000 € belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 3 geschützte Gehölze ohne Genehmigung entfernt, zerstört, verändert oder sie in ihrem Weiterbestand beeinträchtigt.
- (2) Nach Art. 57 Abs. 1 Nr. 7 BayNatSchG kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000 € belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig vollziehbaren Nebenbestimmungen nach § 5 Abs. 3 nicht nachkommt.
- (3) Die Einziehung von Gegenständen richtet sich nach Art. 58 des Bayerischen Naturschutzgesetzes.

§ 9

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung zum 01.12.2020 in Kraft.

Gleichzeitig tritt Verordnung der Gemeinde Unterföhring über den Schutz des Bestandes an Bäumen (Baumschutzverordnung, BSchVO) In der Fassung der Änderungsverordnung vom 15.05.2019, in Kraft seit 01.06.2019, Gemeinderatsbeschluss Nr. 888, außer Kraft.

Unterföhring, 08.10.2020
GEMEINDE UNTERFÖHRING

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Gemeinde Unterföhring



Auf Grund von Art. 23 und Art. 62 Abs. 2 Nr. 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (Gemeindeordnung - GO) in der derzeit gültigen Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl S. 796) erlässt die Gemeinde Unterföhring folgende

Benutzungsordnung für die Tiefgarage im Bürgerhaus Unterföhring

§ 1 Nutzung der Parkflächen

- (1) Die Einfahrt ist nur für kraftbetriebene Fahrzeuge und Zweiräder gestattet.
- (2) Die Nutzung der öffentlich zugänglichen Parkplätze ist innerhalb der Höchstparkdauer kostenfrei. Die Höchstparkdauer beträgt fünf Stunden. Von der Höchstparkdauer ausgenommen sind Fahrzeuge mit entsprechendem gemeindlichem Parkausweis, der gut sichtbar hinter der Windschutzscheibe ausgelegt ist.
- (3) Bei Abstellen des Fahrzeuges ist die Ankunftszeit durch eine Parkscheibe nachzuweisen. Das Nachstellen der Parkscheibe ist nicht gestattet. Die Gemeinde Unterföhring (Betreiber) übernimmt weder Obhut noch besondere Fürsorgepflichten.
- (4) Das Fahrzeug darf nur auf den gekennzeichneten Abstellflächen geparkt werden. Das abgestellte Fahrzeug ist ordnungsmäßig zu verschließen und zu sichern. Verkehrswidrig abgestellte Fahrzeuge werden auf Kosten und Gefahr des Fahrers bzw. des Halters entfernt und aufbewahrt.
- (5) Der Fahrer hat die Verkehrszeichen zu beachten und sonstige Benutzungsbestimmungen einzuhalten. Anweisungen des Personals des Bürgerhauses sind zu befolgen. Die Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung gelten entsprechend. Im Falle einer dringenden Gefahr ist die Gemeinde Unterföhring berechtigt, das Fahrzeug vom Parkplatz zu entfernen.
- (6) Der Aufenthalt von Personen in den Einstellräumen zu anderen Zwecken als der Einstellung inkl. des Be- und Entladens ist nicht gestattet; insbesondere dürfen keinerlei Arbeiten am Fahrzeug vorgenommen werden. Motoren dürfen nicht ausprobiert oder unnötig laufen gelassen werden. Verursacht der Fahrer Verunreinigungen (auch Betriebsflüssigkeiten des Fahrzeuges), ist er verpflichtet, diese sofort zu beseitigen oder dem Personal des Bürgerhauses zu melden. Bei Beseitigung der Verunreinigungen durch die Gemeinde Unterföhring hat der Fahrer die Kosten zu tragen.

§ 2 Überschreitung der Höchstparkdauer

(1) Wird das Fahrzeug nach Ablauf der Höchstparkdauer nicht abgeholt, oder die Ankunftszeit nicht nachgewiesen, so wird bis zur Entfernung des Fahrzeug eine Verwarnggebühr von 30,00 € pro Tag fällig.

(2) Ist das Fahrzeug nach Ablauf von einem Monat nicht entfernt, so sind die gesamten bis dahin angefallenen Verwarnggebühren fällig. Die Gemeinde Unterföhring ist berechtigt, das Fahrzeug zu veräußern oder zu versteigern, falls das Fahrzeug z. B. ohne amtliches Kennzeichen oder als Schrottfahrzeug abgestellt ist oder der Wert des Fahrzeugs die fälligen Verwarnggebühren nicht wesentlich übersteigt. Der Erlös wird nach Abzug des Ausstandes und der entstandenen Kosten dem Halter zur Verfügung gestellt. Ist seit dem Verkauf oder der Versteigerung 1 Jahr vergangen, so fällt der Erlös der Gemeinde Unterföhring zu, wenn nicht innerhalb dieser Frist der Halter sein Recht angemeldet hat. Deckt der erzielte Erlös die bis zu diesem Zeitpunkt angefallenen Kosten sowie die angefallenen Verwarnggebühren nicht, so ist der Unterschiedsbetrag zuzüglich etwaiger Nebenkosten vom Halter zu zahlen.

§ 3 Haftung

(1) Die Gemeinde Unterföhring haftet nur für Schäden, die sie und ihre Mitarbeiter schuldhaft herbeigeführt haben. Ein Schaden ist vor Verlassen des Parkplatzes dem Personal des Bürgerhauses zu melden, ansonsten entfällt jegliche Ersatzpflicht. Die Gemeinde Unterföhring haftet nicht für Schäden aus anderen Ursachen, z. B. Beschädigung, Vernichtung oder Diebstahl der eingestellten Fahrzeug, die auf Handlungen Dritter oder sonstige Ursachen zurückzuführen sind.

(2) Gerichtstand ist München, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften dem entgegenstehen.

§ 5 Inkrafttreten

(1) Die Benutzungsordnung für die Tiefgarage im Bürgerhaus Unterföhring tritt am 01.11.2020 in Kraft.

Unterföhring, den 08.10.2020
Gemeinde Unterföhring

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister